



Presseschau vom 26.08.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

wpered.su: **In Donezk legten Komsomolzen Blumen an der Gedenktafel für einen Helden der Sowjetunion nieder**

Am 25. August fand in Donezk, an der Schule Nr. 2, eine Blumenniederlegung an der Gedenktafel für den Helden der Sowjetunion Jurij Dwushilnyj aus Anlass seines 100. Geburtstags statt. Die Veranstaltung fand auf Initiative des Leninschen Komsomol der DVR statt, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Jurij Michajlowitsch Dwushilnyj wurde am 25. August 1919 in Konstatinowka im Donezker Oblast geboren. Er ging in die Donezker Schule Nr. 2. 1940 ging er als Freiwilliger zur Roten Armee. Er nahm an der Befreiung des Donbass teil. Im Herbst 1943 wurde er in Kämpfen verletzt. Nach seiner Genesung wurde er zum Kommandeur des 3. Bataillons des 878. Schützenregiments der 290. Schützendivision der 49. Armee der 2. Weißrussischen Front ernannt. Er starb am 26. Juni 1944 bei der Befreiung der Mogilewskaja-Oblast.

vormittags:

de.sputniknews.com: **Fall Skripal: Zweites US-Sanktionspaket gegen Russland tritt in Kraft**

Am Montag um 6 Uhr MESZ ist das zweite Sanktionspaket in Kraft getreten, das die USA wegen der Ereignisse im britischen Salisbury gegen Russland verhängt haben. Moskau habe angeblich keine Garantien für die Nichtanwendung von chemischen und biologischen Waffen bereitgestellt, und dies habe Anlass zur Einführung neuer

Einschränkungsmaßnahmen gegeben, hieß es aus Washington.

Die neuen Strafmaßnahmen betreffen die Staatsverschuldung. Außerdem werden die Vereinigten Staaten die Bereitstellung und Verlängerung von Krediten durch die größten Finanzorganisationen wie die Weltbank oder den Internationale Währungsfonds (IWF) an Russland verhindern.

Zudem dürfen die US-Banken die russischen Staatsschulden nicht mehr erwerben. Die russische Regierung darf ihrerseits Währungsdarlehen in den US-Banken nicht bekommen. Die Exporte von Dual-Use-Gütern, die zur Entwicklung chemischer und biologischer Waffen verwendet werden könnten, werden eingeschränkt.

Allerdings sah die US-Regierung von deutlich schärferen Strafmaßnahmen wie die Herabstufung diplomatischer Beziehungen, einem Flugverbot für staatliche Fluggesellschaften und der Unterbindung russischer Importe einschließlich Öllieferungen ab. Außerdem werden die Anleihen der staatlichen Unternehmen von den neuen Sanktionen nicht betroffen, obwohl sie bereits mit anderen Strafmaßnahmen belegt worden sind.

Das erste Sanktionspaket, das die Vereinigten Staaten gegen Russland wegen der angeblichen Verwicklung in den Fall Skripal verhängt hatten, war am 27. August in Kraft getreten.

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 25. August 2019 wurde kein Beschuss von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: **„Alle Mann an Deck“: Bolton will Ausladung von iranischem Tanker verhindern**

Der nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten John Bolton hat gefordert, die Ausladung des iranischen Öltankers „Adrian Darya“, der in Richtung der türkischen Hafenstadt Mersin unterwegs ist, zu verhindern.

„Alle Mann an Deck, um den Iran daran zu hindern, Terror zu finanzieren, die Welt zu destabilisieren und gegen die internationalen Sanktionen zu verstoßen“, schrieb er auf Twitter. Das illegale Öl, das auf der Adrian Darya 1 in die Türkei unterwegs sei, dürfe nicht im Hafen oder auf See abgeladen werden, so Bolton.

Anfang Juli hatte Bolton die Festsetzung des iranischen Tankers durch Großbritannien auf der Straße von Gibraltar als eine „ausgezeichnete Nachricht“ bezeichnet.

Der zeitweise von Großbritannien festgesetzte iranische Öltanker „Adrian Darya“, der früher „Grace 1“ hieß, hatte am Samstag seinen Kurs im Mittelmeer geändert und steuert nun auf die Türkei zu, wo er am 31. August in der südtürkischen Hafenstadt Mersin anlegen soll. Früher war die Hafenstadt Kalamata in Südgriechenland als Ziel angegeben worden. Griechenland erklärte jedoch, es werde das Schiff nicht abfertigen.

Großbritannien hatte den Tanker fünf Wochen lang in Gibraltar festgesetzt und dem Iran vorgeworfen, Syrien entgegen den EU-Sanktionen mit Öl beliefern zu wollen. Die USA gehen davon aus, dass das Schiff von den iranischen Revolutionsgarden kontrolliert wird, die sie als Terrorvereinigung einstufen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32565/28/325652805.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 25. August 3:00 Uhr bis 26. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 8. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Shelesnaja Balka, Mineralnoje, Spartak, Oktjabrj, Kominternowo, Leninskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 23.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 30.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: Trump: USA und China beginnen „sehr bald“ neue Gespräche

Die USA und China werden laut den jüngsten Aussagen von US-Präsident Donald Trump „sehr bald“ neue Verhandlungen in ihrem Handelskrieg aufnehmen.

Unter anderem sagte der amerikanische Präsident am Rande des G7-Gipfels der großen Industrienationen im französischen Biarritz vor Journalisten, die chinesische Seite sei sehr an einem Abkommen interessiert. „Es ist sehr wichtig für sie“, präzisierte er.

Die chinesischen Unterhändler hätten sein Team in Washington am Sonntag kontaktiert.

Trump zufolge gibt es „sehr produktive“ Gespräche.

„Es ist das erste Mal, dass ich sehe, dass sie wirklich eine Vereinbarung schließen wollen“, so Trump. „Ich denke, dass es ein sehr positiver Schritt ist.“

Ferner sagte Trump, dass Chinas Staats- und Parteichef, Xi Jinping, ein „sehr großer Anführer“ sei. Xi verstehe, dass eine Vereinbarung gut für China, für die USA und die Welt sei. „Und er kann Dinge tun, die andere Leute nicht tun können.“ Die Gespräche der

Unterhändler beider Seiten würden sehr bald wieder aufgenommen. „Wir werden sehen, was passiert“, sagte Trump. „Aber ich glaube, wir werden eine Vereinbarung schließen.“ Einen Termin nannte Trump nicht.

„Wir sind bereit, sehr ernsthafte Gespräche aufzunehmen.“

US-Präsident Donald Trump hatte Ende der Woche den Handelskrieg mit China durch die erneute Erhöhung von Strafzöllen der USA auf Waren aus China noch einmal eskalieren lassen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32562/99/325629949.jpg>

Dan-news.info: Festveranstaltungen aus Anlass des 235. Jahrestags der Stadt und zum Tag des Bergmanns fanden gestern in Sneschnoje im Osten der DVR statt, teilte der Pressedienst der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ mit.

„In Sneschnoje wurde am 25. August der 235. Jahrestag der Stadt mit einem Festzug von Arbeitskollektiven, einem Konzert und einem Salut begangen. Etwa 5000 Sneschnojer kamen auf dem Hauptplatz am Kultur- und Freizeitzentrum „Sneschnika“ um den Tag der Stadt und den Tag des Bergmanns zu begehen“, heißt es in der Mitteilung.

An den Feierlichkeiten nahmen der Bürgermeister der Stadt Alexandr Skorow und die Abgeordnete des Volkssowjets Tatjana Shurawlewa, gesellschaftliche Aktivisten, weitere Bürger teil.

Aus Anlass des Feiertags fanden Auszeichnungen statt. Bürgern der Stadt wurden gesellschaftliche Auszeichnungen für eine aktive gesellschaftliche Positionen und einen Beitrag zur Entwicklung des Staates überreicht. Nach dem offiziellen Teil begann ein Konzert, bei dem Künstlerkollektive der Stadt und die russische Gruppe „Django“ auftraten. Das Fest endete mit einem Feuerwerk.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/08/dan-news.info-2019-08-26_06-54-30_874737-dsc-0252-1024x685.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Türkei will bald Bodentruppen nach Syrien senden – Erdogan**

Die Türkei ist nach den Worten von Präsident Recep Tayyip Erdogan zu einem baldigen Einsatz von Bodentruppen im Norden Syriens bereit.

„Wir gehen davon aus, dass unsere Bodentruppen bald in die Region eindringen werden“, sagte Erdogan laut einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu am Montag in der Provinz Mus. Zwar hätten diplomatische Mittel Priorität. Aber sein Land sei auch zum Handeln bereit, sollte es sich dazu gezwungen sehen, sagte der Präsident demnach weiter.

US-türkische „Sicherheitszone“ in Syrien

Die USA und die Türkei hatten sich Anfang August auf die Einrichtung einer sogenannten Sicherheitszone in Nordsyrien geeinigt. Bisher sind aber nur wenige Details bekannt. Die Türkei wünscht sich entlang der Grenze ein Gebiet unter ihrer alleinigen Kontrolle, aus dem sich kurdische Truppen zurückziehen sollen. Die Gegend wird bisher von der Kurdenmiliz YPG kontrolliert, die von Ankara als Terrororganisation betrachtet wird. Für die USA ist sie dagegen ein wichtiger Partner im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS). Nach Angaben Ankaras haben die beiden Länder ein Koordinationszentrum für die Zone schon in Betrieb genommen und haben mit gemeinsamen Helikopterflügen über der Region begonnen. Er hoffe, künftig werde niemand mehr versuchen, die Türkei daran zu hindern, das türkisch-syrische Grenzgebiet von Terroristen zu befreien, sagte Erdogan weiter.

Am Dienstag wird Erdogan zu einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nach Moskau reisen. Russland ist Syriens Schutzmacht. Die Türkei unterstützt in dem Bürgerkrieg die Rebellen. Die Spannungen zwischen den Ländern steigen, seitdem in Nordsyrien Truppen des syrischen Staatschefs Baschar al-Assad in das letzte große mehrheitlich von Terroristen kontrollierte Gebiet um die Provinz Idlib vorrücken. Die Türkei hat dort Beobachtungsposten. Einer soll mittlerweile eingekesselt sein. Erdogan sieht die Angriffe in Idlib als eine ernste Bedrohung für die nationale Sicherheit der Türkei.

Kampf gegen Terroristen in Idlib

Die Provinz Idlib ist die letzte mehrheitlich von terroristischen Gruppierungen und anderen

bewaffneten Banden kontrollierte Region in Syrien. Medienberichten zufolge konnte die Regierungsarmee vor einer Woche bei einer Offensive gegen die Terrormiliz „Hai'at Tahrir asch-Scham“* den strategisch wichtigen Ort Al-Habit im Süden der Region befreien. In den vergangenen vier Monaten fielen 110 syrische Militärs und 65 Zivilisten vom Territorium der Deeskalationszone ausgehenden Terror-Angriffen zum Opfer. Mehr als 240 syrische Militärs und 100 Zivilisten wurden dabei verletzt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32565/56/325655694.jpg>

mil-lnr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko

In den letzten 24 Stunden hat sich die Lage an der Kontaktlinie nicht wesentlich verändert. Die vergangenen staatlichen Feiertage haben für das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ eine Reihe von Verbrechen und Vorfällen unter den ukrainischen Kämpfern gegenüber der friedlichen Bevölkerung auf den von den BFU besetzten Territorien gebracht.

Am 24. August haben fünf Soldaten der 46. Luftsturmbriade der BFU ein Pogrom im Geschäft „Aprikose“ in der Friedensstraße 1 in Stschastje veranstaltet.

Die betrunkenen Besatzer waren über das Fehlen einer Fahne der Ukraine im Gebäude des Geschäfts empört, sie beschuldigten den Verkäufer des Separatismus und schlugen ihn heftig und nahmen Geld aus der Kasse mit.

Ein weiterer Vorfall unter Beteiligung von Kämpfern der 46. Brigade geschah am 25. August in Nowoajdar. Ein Soldat einer Aufklärungszugs der 46. Brigade, der betrunken war, kam nicht mit der Lenkung des dienstlichen Fahrzeugs URAL-4320 zurecht und ramme ein ziviles Auto der Marke Daewoo und floh dann vom Ort des Unfalls, ohne dem verletzten Fahrer Hilfe zu leisten.

All diese Fälle demonstrieren deutlich das vollständige Fehlen von Kontrolle des Kommandos über das unterstellte Personal während der Wochenend- und Feiertage.

Ich will meinerseits erklären, dass die Volksmiliz alles ihr mögliche zur Verteidigung der territorialen Integrität und Souveränität der jungen Republik und die Sicherheit unserer Bürger tut.

Wir sind zu einer Lösung des Konflikts auf friedlichem Weg bereit und halten die Minsker Vereinbarungen streng ein, aber im Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite sind wir bereit, entschieden zu handeln.

de.sputniknews.com: **Moskau setzt auf G20 statt G8 – Lawrow**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow und der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, Dmitri Peskow, haben eine mögliche Rückkehr zu G8 mit Russland

kommentiert.

Lawrow zufolge initiierte Moskau in Gesprächen mit „wem auch immer“ nie Diskussionen über die G8-Gruppe. Dass die Möglichkeit einer Wiederaufnahme Russlands in dieses Format überhaupt besprochen werde, habe das russische Außenamt erst aus öffentlichen Statements einiger westlicher Politiker gewusst.

„Darüber hinaus haben wir dieses Thema, ehrlich gesagt, überhaupt nicht im Sinn gehabt, als wir unsere außenpolitischen Pläne ausarbeiteten“, gab der Minister bei einer Pressekonferenz nach Verhandlungen mit seinem Amtskollegen aus Angola, Manuel Augusto, bekannt. Moskau habe in Bezug auf G8 keine Anträge gestellt und werde dies auch nicht tun. Es habe sich inzwischen viel verändert.

„Wir vermeiden keine Kontakte zu den Ländern, die der G7 angehören. Wenn wir aber über die Weltwirtschaft, Weltpolitik, darunter auch die Finanzpolitik, sprechen, werden die wichtigsten Fragen derzeit in der G20 behandelt“, so Lawrow.

Kommentar des Kremls

Dmitri Peskow hob am Montag vor der Presse hervor, dass für Moskau die Teilnahme an der G7 oder die Rückkehr zur G8-Gruppe „kein Selbstzweck“ sei.

„Russland hat zwar nie auf ein Kommunikationsformat verzichtet, wird sich aber niemandem aufdrängen“.

Diskussionen über Rückkehr zu G8 mit Russland

Das G8-Format besteht seit dem Ausschluss Russlands im Jahr 2014 nicht mehr. Die Gipfelteilnehmer begründeten ihre damalige Entscheidung mit der Wiedervereinigung der Halbinsel Krim mit dem Land, bei der es sich aus ihrer Sicht um einen illegalen Anschluss handelte.

Bei der G7-Zusammenkunft im französischen Biarritz brachte der US-Präsident, Donald Trump, zum Ausdruck, dass eine Wiederaufnahme Russlands in den Kreis der wichtigen Industriestaaten vorteilhaft wäre.

Washingtons G7-Partner lehnten Trumps Vorstoß als verfrüht ab. Die deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, knüpfte eine mögliche Rückkehr zu G8 mit Russland an konkrete Bedingungen.

Man brauche „Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Prozesses“ bei der Regelung der Krise in der Ukraine, um über die Einbeziehung von Russland in das G7-Format wieder reden zu können, äußerte die Kanzlerin am Sonntag. Diese Meinung sei „von anderen auch vertreten worden“.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32565/59/325655902.jpg>

Lug-info.com: Die LVR plant die Arbeiten zur Demontage der Befestigungsanlagen der Volksmiliz an der Brücke bei Staniza Luganskaja in kürzester Frist abzuschließen. Dies teilte der Offizier der Vertretung der LVR im GZKK Alexej Getmanskij mit.

„Insbesondere wurden bereits vier Meter Frontpositionen entfernt und der abschließende Abbau den Konstruktion planen wir in kürzester Frist abzuschließen“, erklärte er. Zuvor hatte der Direktor der „Stroitel“ GmbH, die die Wiederaufbauarbeiten von Seiten der Republik durchführen wird, Oleg Podolskij mitgeteilt, dass Arbeitsbrigaden der LVR mit der Aufbau von Baugerüsten und anderer Ausrüstung im Rahmen der Vorbereitung auf den Beginn der Reparatur der beschädigten Konstruktionen der Brücke bei Staniza Luganskaja begonnen haben.

de.sputniknews.com: **„Verheerend“: Peskow zu möglicher Aussetzung von New-START-Abkommen**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow hat die Aussichten auf die Verlängerung des New-START-Vertrages zur Verringerung strategischer Atomwaffen bewertet und vor Konsequenzen im Falle von dessen Aussetzung gewarnt.

Bislang hätten die Vereinigten Staaten keine Bereitschaft signalisiert, die mögliche Verlängerung des Vertrags zu besprechen, bedauerte Peskow. Sollte das Abkommen nicht verlängert werden, könnten die Konsequenzen „recht verheerend“ sein.

„Die strategische Stabilität würde beeinträchtigt werden. Tatsächlich werden wir, ich meine, die gesamte Menschheit, kein einziges Dokument mehr haben, das diesen Bereich regelt“, betonte er.

Der russische Staatschef, Wladimir Putin, habe bei einem Treffen mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Donald Trump vorgeschlagen, Verhandlungen zu diesem Thema aufzunehmen, erinnert Peskow die Journalisten. Allerdings sei dieser Vorschlag bislang ohne Antwort geblieben.

Der New-START-Vertrag war 2010 von Russland und den USA unterzeichnet worden. Das Abkommen gilt bis Februar 2021 und ist derzeit der einzige Vertrag zur Verringerung der strategischen Atomwaffen, den Russland und die USA geschlossen haben.

Am 31. Juli hatte der nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, John Bolton, die Verlängerung des Abkommens in Frage gestellt. Die US-Regierung habe bislang keine Entscheidung zu diesem Thema getroffen, sagte er.

Zuvor hatte das Pentagon vorgeschlagen, „alle neuen Waffen Russlands“ in den New-START-Vertrag aufzunehmen.

Am 22. August fand eine Sitzung des UN-Sicherheitsrates statt, die den jüngsten Raketentests der USA gewidmet war. Während der Sitzung hatte der stellvertretende Ständige Vertreter Russlands bei der Uno, Dmitri Poljanski, auf die Gefahr der Aussetzung des INF-Vertrages, die auch den New-START-Vertrag zum Aus bringen könnte, hingewiesen. Der INF-Vertrag habe als eine Grundlage für andere Verträge zur Rüstungskontrolle gedient.

Im Februar hatte Washington seinen Rückzug aus dem INF-Vertrag angekündigt. Dieser war 1987 zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossen worden und sah den Verzicht auf landgestützte Flugkörper kürzerer und mittlerer Reichweite vor. Dabei warf Washington Moskau vor, gegen das Abkommen zu verstoßen. Russland wies diese Anschuldigungen als haltlos zurück.

Am 3. Juli unterzeichnete der russische Präsident, Wladimir Putin, ein Gesetz über die Aussetzung des INF-Abrüstungsvertrags. Seit dem 2. August gilt das Abkommen nicht mehr.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32565/60/325656017.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 26.08.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **achtmal das Feuer auf das Territorium der Republik eröffnet.**

In **Richtung Gorlowka** haben die Banditen Poljakows aus der 53. Brigade die Gebiete von **Shelesnaja Balka** und der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** von Gorlowka mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Schützenpanzerwaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer Kokorjews aus der 92. Brigade das Gebiet von **Spartak** mit 82mm-Mörsern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer aus der 36. Brigade unter Kommando von Gnatow das Feuer mit automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen auf die Gebiete von **Mineralnoje, Oktjabrj, Kominternowo** und **Leninskoje** eröffnet.

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner zweimal **Golmowskij** Mörsern des Kalibers 120 und 82mm, automatischen Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Uns wurden **Einzelheiten und Ergebnisse der Antidrogenrazzia**, die am 24. August von der Militärstaatsanwaltschaft gemeinsam mit dem militärischen Rechtsordnungsdienst und dem SBU in den Verbänden und Truppenteilen in der OOS-Zone durchgeführt wurden, bekannt. So wurde im Bericht der Militärstaatsanwaltschaft über die Ergebnisse der Spezialoperation angegeben, dass 64 Verbrechen im Zusammenhang mit gesetzeswidrigem Handel mit Drogen verhindert wurden. Es wurden Strafverfahren gegen 180 Kämpfer der BFU aufgenommen die an Produktion, Lagerung und Verbreitung und Drogen beteiligt sind.

In acht Fällen wurden bei der Durchführung von Ermittlungsmaßnahmen gegen die Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft Widerstand unter Einsatz von Waffen geleistet. In zwei Fällen setzten Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes Waffen bei der Festnahme von Verbrechern aus der 53. Brigade ein.

Bei der Festnahme des Kommandeurs einer Evakuierungskompanie eines Reparaturbataillons der 53. Brigade W.S. Kormanizkij, der der Bildung einer kriminellen Gemeinschaft verdächtigt wird, wurden zwei Kämpfer verletzt, die versuchten, ihren Kommandeur, in Personalunion Anführer der Band, zu verteidigen. Außerdem wurden bei der Festnahme des Kommandeurs eines Zugs der 24. Bataillons „Ajdar“ der 53. Brigade T.A. Kurbatow, der der Verbreitung synthetischer Drogen unter Soldaten des Verbandes verdächtigt wird, er selbst und sein Assistent verletzt. Kurbatow starb in der Folge seiner Verletzungen.

Es ist wichtig anzumerken, dass die Militärstaatsanwaltschaft heute eine staatsanwaltliche Anforderung an den Stab der OOS geschickt hat mit der Forderung, die Ursachen zu

ermitteln, warum bei der Spezialoperation des SBU getötete und verletzte Kämpfer als kampfbedingte Verluste angegeben werden. Wir schließen nicht aus, dass der Versuch der Heroisierung dieser Kriminellen damit zusammenhängt, dass sie hochrangige Schutzherren und Komplizen im Stab der OOS haben.

Dabei ging das Kommando der 24. Brigade, in der auch 34 Kämpfer mit dem Verdacht auf Beteiligung gesetzeswidrigem Drogenhandel festgenommen wurden, noch weiter. Um das Geschehen zu verheimlichen und um ein positives Bild der Soldaten der Brigade zu schaffen, wurde über den für moralisch-psychische Betreuung zuständigen Offizier die Aufgabe gestellt, dass sich das gesamte Personal verpflichtend in Facebook registrieren und dort positive Aussagen über den Dienst einstellen muss.

Nach unseren Informationen hat die durchgeführte Antidrogenrazzia eine Reihe von Defiziten bei der Organisation der Versorgung der BFU aufgedeckt.

So wurde bei der Spezialoperation in der 56. Brigade entdeckt, dass die Produktion und Lagerung von Drogen im Lebensmittellager und Nebengebäuden der Kantine erfolgten. Zur Zeit arbeitet in der Brigade einer Kommission der Hauptinspektion des Verteidigungsministeriums, um den Zustand des Lebensmitteldienstes des Verbandes zu überprüfen.

de.sputniknews.com: **Iran warnt Israel vor Konsequenzen seiner Aggression in Region**

Israel muss sich laut dem iranischen Regierungssprecher Ali Rabiei im Klaren darüber sein, dass seine Aggression gegen den Irak, den Libanon und Syrien Konsequenzen nach sich ziehen wird.

Diese Länder hätten das Recht auf Selbstverteidigung, äußerte er bei einem Presseauftritt, den das iranische Staatsfernsehen am Montag übertrug.

„Israel muss die Konsequenzen seiner aggressiven Aktionen und deren Preis verstehen“, betonte Rabiei.

Der Iran verurteile jegliche Aggression Israels gegen die Länder der Region.

Der Chef der Schiitenmiliz Hisbollah, Hassan Nasrallah, habe bereits deutlich gesagt, dass Israel bei solchen Handlungen mit Vergeltung rechnen müsse.

Israels Armee hatte nach eigenen Angaben in der Nacht zum Sonntag iranische Ziele nahe Damaskus in Syrien angegriffen. Der Luftschlag soll der iranischen Quds-Einheit sowie den schiitischen Truppen in der Ortschaft Aqraba gegolten haben.

Der Generalsekretär des iranischen Schlichtungsrats, Mohsen Rezai, hat später diese Angaben dementiert und betont, Israel sei nicht in der Lage, solche Attacken gegen iranische Objekte auszuführen.

Dnr-online.ru: Der Grad von Zynismus und Heuchelei des Herrn Selenskij hat die Höhe des vorhergehenden Präsidenten Pjotr Poroschenko erreicht. Dies erklärte der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Wladislaw Berditschewskij in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR.

„Selenskij hat den Donbass und die Krim mit Kindern verglichen, die der Ukraine weggenommen wurden. Dabei sagte er. Dass sie Krim gestohlen wurde und der Donbass in ein Zimmer eingesperrt wurde und eine bewaffnete Wache aufgestellt wurde. Man möchte ihm eine Frage stellen: Reden wir über ein und dieselben Gebiete? Wenn die Ukraine die Krim und den Donbass so heiß liebt, warum hat sie dann er ersten den Strom und das Wasser abgestellt und der zweite wird weiterhin methodisch mit Beschüssen und einer Wirtschaftsblockade vernichtet?

Die Ukraine hat sich als ein schlechter Elternteil für ihre Kinder erwiesen. Sie konnte nicht das bewahren, was sie nach dem Zerfall der UdSSR erhalten hat, und die Einheit im Staat nicht bewahren. Im Laufe eines Vierteljahrhunderts hat Kiew die nationalistische Rhetorik verstärkt, was im Ergebnis zu Zwietracht im Land geführt hat. Wenn man die Krim und den

Donbass mit weggenommenen Kindern vergleicht, so nur mit solchen, die aus schlechten Familien herausgenommen wurden, wo sich die Eltern nicht um sie gekümmert haben. Die Krim und den Donbass hat niemand gewaltsam weggenommen, sie haben selbständig entschieden, nach ihren Gesetzen zu leben, als in der Ukraine ein Staatsstreich stattfand. Und jetzt tut Kiew weiterhin alles, damit unsere Einwohner in ihrem Wunsch, auf ihrem Weg, der sich von dem unterscheidet, den die ukrainische Regierung versucht uns aufzuzwingen, abweicht, zu gehen, noch weiter bestärkt werden“, sagte der Abgeordnete.

abends:

de.sputniknews.com: **Bundeswehr weitet Testbetrieb im Emsland nach Moorbrand wieder aus**

Knapp ein Jahr nach dem Ausbruch eines Moorbrandes auf einem Waffentestgelände im Emsland hat die Bundeswehr ihren Testbetrieb dort wieder ausgeweitet. Schieß- und Sprengübungen sind damit nördlich des naturgeschützten Moorgeländes wieder möglich. Im Moor selbst soll vorerst nicht getestet werden.

Die Ausweitung gilt seit Montag, seitdem hat die Bundeswehr in der Region aus Sicherheitsgründen einige Straßen gesperrt.

„Das heutige Schießvorhaben wurde vor seiner Durchführung gesondert geprüft“, sagte ein Sprecher des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr. Spezielles Augenmerk habe den Belangen des Brandschutzes gegolten. Auf dem Testgelände bei Meppen war am 3. September 2018 bei einem Raketentest ein Moorbrand ausgebrochen, der erst nach mehr als einen Monat gelöscht werden konnte. Zeitweise herrschte wegen der Rauchentwicklung Katastrophenalarm in benachbarten Gemeinden.

Die Bundeswehr musste auf die Mithilfe von Feuerwehren aus ganz Niedersachsen und vom Technischen Hilfswerk zurückgreifen, um den Brand in den Griff zu bekommen. Der Testbetrieb war daraufhin zunächst ausgesetzt worden.

Seit Anfang des Jahres werden die Tests nun wieder schrittweise ausgedehnt, eine Wiederaufnahme in vollem Umfang ist derzeit aber noch nicht geplant. Moorgebiete sind nach wie vor ausgenommen. Bei jedem Erprobungsvorhaben solle es im Vorfeld eine Einzelfallprüfung geben, hatte eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums im vergangenen Monat versprochen. Sollte die Brandgefahr zu hoch sein, werde der geplante Versuch auf einen anderen Tag verschoben.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32565/64/325656479.jpg>

de.sputniknews.com: **Russland plant GLONASS-Bodenstationen in Angola**

Die russische Raumfahrtbehörde erwägt den Bau von Bodenstationen für sein globales Navigationssystem GLONASS in Angola. Das geht aus dem Entwurf eines Gesetzes zur Ratifizierung eines russisch-angolanischen Abkommens hervor.

Das auf dem amtlichen Rechtsportal veröffentlichte Dokument betrifft die Kooperation beider Länder bei Erkundung und Nutzung des Weltraumes zu friedlichen Zwecken.

„Das Abkommen soll die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und der Republik Angola in aussichtsreichen Sphären vorantreiben, darunter in der satellitengestützten Navigation“, heißt es in dem Papier.

Zuvor hatte Roskosmos in seinem Bericht für 2018 mitgeteilt, dass Russland insgesamt elf GLONASS-Bodenstationen im Ausland hat. Drei davon lägen in Brasilien, drei in der Antarktika und jeweils eine in Südafrika, Nicaragua, Kasachstan, Weißrussland und Armenien.

Im vergangenen Jahr hatte Roskosmos auch mit Kuba, Fidschi, Mexiko, Vietnam, Indonesien, Südkorea, dem Iran und einigen anderen Ländern über den Bau von GLONASS-Bodenstationen verhandelt.